

# Yu-Hsi Nieh

## Die politische Lage Hongkongs: Ein Jahr nach der historischen Wende

### 1 Einleitung

Am 1. Juli jährte sich der Souveränitätswechsel in Hongkong. Das Territorium, das über anderthalb Jahrhunderte unter britischer Herrschaft stand, verfügt über ein klassisch-kapitalistisches System; es wurde an China zurückgegeben, wo seit fast einem halben Jahrhundert ein sozialistisches System herrscht. Unter den Parolen „ein Staat, zwei Systeme“ und „Hongkonger regieren Hongkong“ hat die Regierung Beijing in der „Sino-britischen Gemeinsamen Erklärung“ von 1984 wie in dem vom chinesischen Nationalen Volkskongreß (NVK) 1990 verabschiedeten Grundgesetz für Hongkong versichert, in Hongkong eine Sonderverwaltungsregion (SVR) mit hochgradiger Autonomie zu gründen. Hongkongs kapitalistisches System und seine Lebensweise sollen 50 Jahre lang unverändert aufrechterhalten werden. Doch in den letzten Jahren vor dem Machtwechsel haben beide Seiten über die politische Demokratisierung und Liberalisierung heftig gestritten. Viele haben damals eine Reduzierung der politischen Freiheiten in Hongkong nach der Wiederherstellung der chinesischen Souveränität vorausgesagt. Diese Befürchtung hat sich aber bislang als unbegründet erwiesen. Es gibt keine Pressezensur, und Massendemonstrationen gegen die SVR- wie die chinesische Zentralregierung wurden nicht unterdrückt.

Obwohl sich die politische Situation in Hongkong durch den Souveränitätswechsel nicht verändert hat, gab es am ersten Jahrestag der historischen Wende kein Freudenfest. Schuld daran ist die sich verschlechternde Wirtschaftslage infolge der Finanzkrise in Ostasien. Zwar hat die Regierung aufgrund ihrer hohen Währungsreserven von rd. 97 Mrd. US\$ (Stand März 1998) die Festbindung des Hongkong-Dollars an den US-Dollar verteidigt, doch ist der Aktienkurs gemäß dem Hang-Seng-Index im Vergleich zur Rekordhöhe von 16.673 Punkten kurz nach dem Souveränitätswechsel inzwischen um 51% gefallen, und die Immobilienpreise sanken in den vergangenen sechs Monaten um 40%. Dazu stieg die Arbeitslosenquote zwischen März und Mai d.J. auf einen 15jährigen Höchststand von 4%. Das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten

Quartal 1998 zum erstenmal seit 13 Jahren gegenüber dem Vorjahreszeitraum geschrumpft, und zwar um 2%.<sup>1</sup>

Wegen der Wirtschaftskrise wurde das Festprogramm zum Jahrestag des Souveränitätswechsels bewußt sparsam gestaltet. Die ursprünglich geplante Einladung von Staatsgästen und ein Feuerwerk wurden abgesagt. Das chinesische Staatsoberhaupt Jiang Zemin nahm lediglich an einer Kulturveranstaltung und einem Festbankett in relativ kleinem Kreis teil.<sup>2</sup> In seiner Festrede beteuerte er die Unterstützung Beijings für die SVR-Regierung zur Wiederbelebung von Hongkongs Konjunktur. Durch gegenseitige intensive Investitionen und enge Handelsbeziehungen sind die Wirtschaften beider Seiten in den letzten Jahren vor der Wiedervereinigung bereits stark miteinander verflochten worden. Politisch und gesellschaftlich klaffen beide Systeme aber immer noch weit auseinander.

### 2 Das neue Parlament der SVR Hongkong

Die größte politische Änderung in Hongkong nach dem Souveränitätswechsel betrifft das Parlament. Laut Vereinbarung zwischen London und Beijing sollen 20 der insgesamt 60 Mitglieder des ersten Parlaments (*Lifahu*) der SVR wie bei der Zusammensetzung des letzten Parlaments unter der britischen Kolonialregierung vom Volk direkt, 10 vom Wahlkomitee und 30 von verschiedenen „functional constituencies“ (wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktionskörperschaften) indirekt gewählt werden. Ferner dürfen nach einem Beschluß des NVK die Mitglieder des letzten kolonialen Parlaments, die den Anforderungen des Grundgesetzes der SVR genügen, Mitglieder des ersten SVR-Parlaments werden. Da aber der britische Gouverneur Chris Patten trotz des Widerstandes der chinesischen Seite eine Wahlreform durchgeführt hatte, damit die indirekten Wahlen praktisch in direkte Wahlen umgewandelt wurden, strich Beijing den „D-Zug“ für den im September 1995 für vier Jahre gewählten Legislativrat. Statt dessen hat ein 400köpfiges Auswahlkomitee im Dezember 1996 einen Provisorischen Legislativrat aussersehen.

Nach dem Machtwechsel löste der Provisorische Legislativrat das unter der britischen Kolonialregierung 1995 zusammengesetzte letzte Parlament ab, obwohl dessen Legislaturperiode erst 1999 enden sollte. Ferner wurde eine neue Wahlreform eingeführt. Danach wurden die Wahlberechtigten bei den „functional constituencies“, die die Regierung Patten von rd. 200.000 auf über 2,6 Mio. erweitert hatte, wieder reduziert. Das Wahlkomitee für die Auswahl von 10 Abgeordneten besteht nicht mehr aus den von Wählern direkt gewählten Bezirksabgeordneten, sondern aus 800 Vertretern verschiedener Berufs- und Gesellschaftskreise. Auch für die direkten Wahlen von 20 Volksvertretern wurden die Modalitäten der Mehrheitswahl durch die der Verhältniswahl ersetzt.

Während die Wahlreform unter der Regierung Patten Vorteile für das Beijing gegenüber kritische Lager mit stärkerer Wählerschaft an der Basis brachte, ist die

<sup>1</sup>FAZ, 22. und 23.6.98; IHT, und NfA, 2.7.98.

<sup>2</sup>SZ, 2.7.98.

neue Wahlreform der SVR-Regierung günstiger für die Gruppen, die Beijings Hongkongpolitik unterstützen. Am 24. Mai 1998 fanden die Wahlen zum ersten Legislativrat der SVR statt. Die Wahlbeteiligung war unerwartet hoch. Von den 2,8 Mio. registrierten Wahlberechtigten bei den allgemeinen direkten Wahlen sind 1,49 Mio. in fünf geographischen Wahlbezirken zur Urne gegangen. Damit lag die Wahlbeteiligung mit 53,3% weit höher als je zuvor (1995 mit 35,8%). Die Democratic Party (DP) gewann mit 43% der Stimmen 9 Mandate, die Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong (DAB) mit 25% der Stimmen 5 Mandate, die Frontier (FT) mit 12% der Stimmen 4 Mandate, die Citizens Party (CP) mit 2,6% der Stimmen ein Mandat, und ebenfalls ein Mandat erhielt ein Parteiunabhängiger.<sup>3</sup>

Die DP, FT und CP, die zum beijingkritischen Lager gehören, haben zwar zusammen mit einem Stimmenanteil von 57,6% bei den allgemeinen direkten Wahlen 14 der 20 Mandate errungen, doch unter den 30 von den „functional constituencies“ ausgewählten Sitzen zählen nur 4 zu ihrem Lager und unter den 10 vom Auswahlkomitee ausgewählten Sitzen gar keiner. Insgesamt verfügt dieses Lager, das auch als demokratische Gruppe bezeichnet wird, im neuen Legislativrat über 18 Sitze.<sup>4</sup> Außerdem zählt noch ein gewählter Parteilooser zu diesem Lager.<sup>5</sup> Bei der Legislativratswahl 1995 unter der Regierung Patten hatten die Parteien dieses Lagers zusammen noch 23 Sitze errungen – im Provisorischen Legislativrat der SVR waren sie nicht vertreten.

Demgegenüber haben die beijingfreundlichen Parteien bei den jüngsten Wahlen gegenüber 1995 ihre Sitze im Legislativrat erweitert. Die linksgerichtete Partei DAB, die damals insgesamt 7 Sitze (2 direkt, 3 von den „functional constituencies“ und 2 vom Auswahlkomitee gewählt) bekommen hatte, errang diesmal 10 (5, 3, 2). Die mit Beijing noch enger verbündete Partei Hong Kong Progressive Alliance (HKPA) – an den Wahlen 1995 nicht beteiligt – erhielt 5 Sitze, und zwar 2 von den „functional constituencies“ und 3 vom Auswahlkomitee. Die Liberal Party (LP), die hauptsächlich die Interessen großer Unternehmer vertritt und Beijings Hongkongpolitik zugunsten der politischen Stabilität unterstützt, behält nach wie vor 10 Sitze: 9 (7) von den „functional constituencies“ und 1 (0) vom Auswahlkomitee gewählt. 1995 konnte sie bei den direkten Wahlen noch ein Mandat bekommen; diesmal ging sie dabei leer aus. Ferner gibt es im neu zusammengesetzten Legislativrat 17 (15) parteiunabhängige Sitze, davon 12 von den „functional constituencies“, 4 vom Auswahlkomitee und einer, wie bereits erwähnt, direkt gewählt. Die gewählten Parteiunabhängigen haben mit einer Ausnahme eine mehr oder weniger konservative politische Einstellung und wollen Beijing nicht provozieren. So gehören im neuen Legislativrat rd. zwei Drittel zum beijingfreundlichen und knapp ein Drittel zum beijingkritischen Lager.

#### Tabelle:

#### First Legislative Council Election of the HKSAR Distribution of Seats

Political Affiliation	Geographical Constituencies	Functional Constituencies	Election Committee	Total
1. Democratic Party	9*	4	0	13*
2. Liberal Party	0	9	1	10
3. DAB	5	3	2	10
4. HKPA	0	2	3	5
5. The Frontier	4**	0	0	4**
6. Citizens Party	1	0	0	1
7. Independents	1	12	4	17
	20	30	10	60

\* includes Lau Chin-shek who is also a Frontier member.

\* includes Leung Yiu-chung who ran in the capacity as member of the Neighbourhood and Workers Service Centre but excludes Lau Chin-shek who is grouped under the Democratic Party.

Quelle: *Hong Kong News*, Hong Kong Economic and Trade Office, Brussels, June 1998.

### 3 Beziehungen zwischen der SVR-Regierung und Beijing

Unter Gouverneur Patten wurde neben der Wahlreform noch die Rolle des Legislativrats im Geist des Parlamentarismus verstärkt. Dies wurde ebenfalls von Beijing zurückgeschraubt. Damit wurde die Position des Legislativrats unter der SVR-Regierung wieder abgeschwächt. Der Provisorische Legislativrat und der erste Regierungschef der SVR Tung Chee-hwa (Dong Jianhua) wurden vom gleichen Auswahlkomitee gewählt. Tung, vorher Boß einer familieneigenen großen Schiffahrtsgesellschaft, ist wie fast alle Mitglieder des Provisorischen Legislativrats konservativ und Beijing gegenüber freundlich eingestellt. Er lehnt die parlamentarische Demokratie ab und befürwortet eine starke Position der Exekutive – sein politisches Vorbild ist der frühere Regierungschef von Singapur, Lee Kuan Yew (Li Guangyao). Eine Reihe der von der Regierung Patten durchgeführten Gesetzesänderungen für politische Liberalisierung und Demokratisierung einschließlich der o.g. Wahlreform, die von Beijing abgelehnt worden war, wurde von der SVR-Regierung gleich nach dem Souveränitätswechsel wieder per Gesetzgebung rückgängig gemacht.

Nach der Sino-britischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 und dem SVR-Grundgesetz soll sich die chinesische Zentralregierung in Beijing mit Ausnahme der Außenpolitik und Verteidigung nicht in die Regierungsgeschäfte der SVR Hongkong einmischen. Das Prinzip wurde bislang eingehalten. Tung hat freie Hand bei der Personalentscheidung und Regierungsumbildung. In seiner Regierung sind die führenden Ämter immer noch von denjenigen Personen bekleidet, die Tungs Vorgänger, dem letzten britischen Gouverneur Patten, gedient haben, der sich ja wegen der politischen Reform kurz vor dem Souveräni-

<sup>3</sup> „Hong Kong SAR. The First 12 Months“, Information Services Department, Hong Kong, July 1, 1998, S. 14 f.; *Hong Kong News*, Hong Kong Economic and Trade Office, Brussels, June 1998, S. 2 f.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> ZYRB und LHB, 26.5.98; DX, Juni 1998, S. 50.

tätswechsel in Hongkong mit Beijing tief verfeindet hat. Auch in der Außenpolitik kann das Territorium unter der Bezeichnung „Hong Kong China“ in zahlreichen internationalen Organisationen wie z.B. WTO, APEC und WCO als Mitglied bleiben. Innerhalb der zwölf Monate nach der Wende hat der SVR-Regierungschef mehrere diplomatische Reisen ins Ausland unternommen.

Was die Justiz betrifft, unterhält Hongkong immer noch das britische Rechtssystem des *Common Law*. Dazu wurde ein höchstes Gericht im Territorium errichtet, welches unter der britischen Kolonialherrschaft nicht existierte. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung ist nach allgemeiner Meinung durch den Machtwechsel nicht angetastet. Ferner unterhält Hongkong eine eigene Polizei. Die als Symbol der Souveränität in der SVR stationierte chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA) bleibt unbemerkt in ihrer Kaserne. Zurückhaltend verhalten sich auch die anderen Organe Beijings in Hongkong. Gemäß Art.22 des SVR-Grundgesetzes müssen alle von der Zentralregierung, den Provinzen, den provinzfriren autonomen Regionen und Städten in Hongkong errichteten Institutionen sowie ihr Personal die Gesetze der SVR Hongkong befolgen. Doch hat der Provisorische Legislativrat im letzten Moment vor seiner Auflösung neue Vorschriften für eine Gesetzesanpassung verabschiedet: Danach genießen der chinesische Staatspräsident, die chinesische Zentralregierung und ihre Vertretungsorgane in Hongkong sowie die SVR-Regierung wie früher die britische Königin und die britischen Kolonialbehörden Immunität im Territorium. Dabei wurde neben der VBA-Einheit und dem Büro des chinesischen Außenministeriums auch die Zweigstelle der chinesischen amtlichen Presseagentur Xinhua (New China News Agency) in Hongkong eingeschlossen. Kritiker bezeichneten dies als einen Verstoß gegen das SVR-Grundgesetz.<sup>6</sup>

Viele betrachten die Hongkonger Xinhua-Zweigstelle als ein getarntes Organ der KPCh. Offiziell gehört sie aber zur chinesischen Zentralregierung, dem Staatsrat (*Guowuyuan*), und dient neben ihrer Aufgabe als Nachrichtenagentur auch als Dach- oder Koordinierungsorgan aller chinesischen staatlichen Institutionen in Hongkong – natürlich haben alle chinesischen staatlichen Organe Beziehungen zur Kommunistischen Partei. Beim langwierigen Streit mit der britischen Kolonialregierung wegen Gouverneur Patters politischen Reformen stand der damalige Leiter der Hongkonger Xinhua-Zweigstelle, Zhou Nan, an erster Front. Nach dem Souveränitätswechsel wurde Zhou Nan abgelöst, um das Image des Instituts in Hongkong zu verbessern. Außerdem wurden die politischen Aufgaben der Presseagentur in Hongkong stark reduziert. Es soll heute hauptsächlich als ein Verbindungsorgan zwischen der Hongkonger SVR-Regierung und dem Staatsrat in Beijing fungieren.

Nach dem jüngsten Wahlsieg und der Rückkehr ins Parlament fordern die beijingkritischen Parteien, per Gesetzesänderung im Jahr 2000 alle Mitglieder des nächsten Legislativrats und 2002 auch den nächsten Regierungschef der SVR demokratisch direkt zu wählen.<sup>7</sup> Dies wird aber kaum zu erreichen sein. Denn gemäß dem Anhang

II des SVR-Grundgesetzes darf die Anzahl der direkt gewählten Angeordneten im Jahr 2000 auf 24 und 2004 auf 30 erhöht werden, und der SVR-Regierungschef wird bis zum Jahr 2007 von einem 800köpfigen Auswahlkomitee gewählt. Eine Änderung dieses Wahlverfahrens wird erst nach 2007 erlaubt, und sie benötigt dafür überdies eine Befürwortung durch zwei Drittel der Abgeordneten im Legislativrat sowie die Zustimmung des SVR-Regierungschefs.

Auch eine Wiederherstellung der Modalitäten Patents, nämlich durch Demokratisierung der Wählerschaft der „functional constituencies“ und des Auswahlkomitees die indirekten praktisch in direkte Wahlen umzuwandeln, ist ebenfalls so gut wie ausgeschlossen, weil nach Art.74 des SVR-Grundgesetzes eine Gesetzesvorlage auf Initiative von Abgeordneten, die die Regierungspolitik betrifft, die schriftliche Zustimmung des SVR-Regierungschefs braucht. Darüber hinaus kann sie gemäß den Vorschriften des Anhangs II des Grundgesetzes nur getrennt mit einer Mehrheit von zwei Gruppen der Abgeordneten im Legislativrat verabschiedet werden, nämlich einer Gruppe der vom Auswahlkomitee gewählten sowie einer anderen Gruppe der direkt und der von den „functional constituencies“ gewählten Abgeordneten. Wenn auch alle diese Hürden genommen werden, kann Beijing ein solches Gesetz immer noch ablehnen. Denn das Recht auf Interpretation wie Änderung des SVR-Grundgesetzes gehört letztlich dem chinesischen Nationalen Volkskongreß.

Dennoch können die SVR-Regierung und Beijing die Stimmen der Kritiker im neuen Legislativrat nicht ignorieren. Als allgemein und direkt gewählte Abgeordnete haben sie im Vergleich zu den indirekt gewählten Kollegen und dem SVR-Regierungschef mehr Anspruch darauf, die Meinung der Bevölkerung Hongkongs zu vertreten. Noch vor der Legislativwahl hat sich Regierungschef Tung, der keiner Partei angehört, schon darum bemüht, mit den Oppositionspolitikern politischen Konsens zu erreichen. Alle politischen Parteien und Gruppierungen zeigen auch die Bereitschaft, zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zusammenzuarbeiten.

## 4 Lebensweise unverändert

Im Vergleich zur politischen Landschaft ist das gesellschaftliche Leben in Hongkong nach dem Souveränitätswechsel wenig verändert. Abgesehen vom Auswechseln des britischen Union Jack durch die rote nationale Flagge der VR China sind noch viele koloniale Spuren, wie z.B. das Denkmal der Königin Victoria, öffentlich zu sehen. Auch die englischen Namen von Parks, Straßen und historischen Gebäuden einschließlich der Kaserne „Prince of Wales“, in der jetzt die chinesischen Soldaten einquartiert sind, wurden nicht ins Chinesische umbenannt. Die Grenze zu China bleibt nach wie vor trotz der Wiedervereinigung bestehen, und beim Grenzübergang von Personen ist ein Reisedokument und bei Gütern eine Zollerklärung noch immer erforderlich. Die Hongkonger zahlen auch keine Steuern an den Staat, obwohl sie jetzt chinesische Bürger sind. Sie brauchen auch nicht Beijings Ein-Kind-Familienpolitik zu befolgen.

<sup>6</sup>JSND, Mai 1998, S.27; ZM, Juli 1998, S.29.

<sup>7</sup>SCMP und ZYRB, 26.5.98.

Um die Grundrechte der Einwohner Hongkongs unter chinesischer Herrschaft zu sichern, hat die britische Kolonialregierung 1991, zwei Jahre nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in Beijing, ein „Bill of Rights“ verkündet. Diesem entsprechend wurden in der Folgezeit noch eine Reihe von Gesetzen und Bestimmungen wie Einreise-, Gesellschaftsorganisations-, Straf-, Antikorruptions- und Polizeivorschriften novelliert. Dies stieß auf heftigen Widerstand der chinesischen Seite. Sie argumentierte, daß alle Bürgerrechte bereits im SVR-Grundgesetz verankert seien, und das „Bill of Rights“ dürfe keinen höheren Stellenwert als das Grundgesetz einnehmen. Infolgedessen verabschiedete der von Beijing eingesetzte Provisorische Legislativrat nach dem Machtwechsel ein „Gesetz zur Rückkehr Hongkongs“, das u.a. die zuvor durch die britische Kolonialregierung geänderten Bestimmungen hinsichtlich öffentlicher Sicherheit und Gesellschaftsorganisationen wieder rückgängig machte. Danach müssen Demonstrationen von der Polizei genehmigt werden. Politische Organisationen stehen wieder unter strenger Kontrolle. Sie dürfen keinen Kontakt zu ausländischen Partnerorganisationen unterhalten oder Finanzspenden aus dem Ausland annehmen.

In der Praxis hat die Regierung jedoch die politischen Freiheiten der Bevölkerung kaum eingeengt. Sie verwies unlängst stolz darauf, daß es zwischen dem 1. Juli 1997 und Ende April 1998 mehr als 1.400 Demonstrationen gegeben habe – 140 pro Woche im Durchschnitt, verglichen mit 87 jede Woche in der Zeit vor dem Souveränitätswechsel, und daß 626 neue Vereine gegründet worden seien. In keinem einzigen Fall sei der Antrag zur Durchführung einer Demonstration oder zur Gründung eines Vereins von der Polizei verweigert worden, heißt es.<sup>8</sup> Tatsächlich wurden auch große Massendemonstrationen gegen Beijing anlänglich des Jahrestages des 4. Juni – Niederschlagung der Demokratiebewegung in China 1989 – und des ersten Jahrestages des Souveränitätswechsels in Hongkong nicht verboten.

Ferner spiegelt sich die Aufrechterhaltung der politischen Freiheiten durch die Tatsache wider, daß die aus China nach Hongkong geflüchteten chinesischen Regierungsgegner wie die internationale Menschenrechtsorganisation weiter im Territorium bleiben können. Eine Pressekontrolle läßt sich auch nicht erkennen. Antikommunistische Blätter werden nicht unterdrückt und sogar die Kritiken des regierungseigenen Rundfunks RTHK werden geduldet.<sup>9</sup> Selbst der bekannteste beijingkritische Politiker Martin Lee (Li Zhuming), Führer der DP, gab zu: „Wir haben noch eine Menge Freiheiten.“<sup>10</sup> Einer Meinungsumfrage der bekannten wissenschaftlichen Gruppe Hong Kong Transition Project zufolge ist die Zufriedenheit der Bevölkerung Hongkongs von 45% zur Zeit des Souveränitätswechsels auf 67% im April 1998 gestiegen.<sup>11</sup>

Auch durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise ändern sich die Vorstellungen der Bürger Hongkongs von China. Für die Verteidigung des Außenwertes des Hongkong-Dollar und die Wiederbelebung der maroden Konjunktur

braucht die SVR mehr denn je die Unterstützung von China als dem größten Wirtschaftspartner und wichtigem Hinterland. Häufig beschreibt man Hongkong als eine „Gans, die für China goldene Eier legt“. Jetzt gilt China aber auch für Hongkong als eine Wiese, die der Gans „goldenes“ Futter bietet.

<sup>8</sup>„Hong Kong SAR. The First 12 Months“, Anm.3, S.5; NZZ, 1.7.98.

<sup>9</sup>FEER, 11.6.98, S.13.

<sup>10</sup>HB, 1.7.98.

<sup>11</sup>Anm.9, S.14.